



NEWSLETTER VON CLAUDIA TAUSEND

Mit diesem Newsletter informiere ich regelmäßig über meine Arbeit im Deutschen Bundestag. Einer meiner Schwerpunkte ist der Bereich Bauen und Wohnen, wo wir mit einem Positionspapier der Bundestagsfraktion und mit dem Start des Volksbegehrens für faire Mieten in Bayern einige Schritte vorangekommen sind.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihre

Vom Wohngipfel zur Wohnwende

Die Große Koalition steht vor einem entscheidenden Herbst. Im November werden wir zur Halbzeit der Legislaturperiode eine Bilanz über unsere gemeinsame Arbeit vorlegen. Eine entscheidende Frage wird sein, ob wir im Wohn- und Mietenbereich genug getan haben, um Wohnraum wieder für alle bezahlbar zu machen. Der Blick auf das vergangene Jahr zeigt, dass wir den überwiegenden Teil unserer Vorhaben bereits umgesetzt haben oder gerade dabei sind. In vielen Fällen konnten wir Erfolge über die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag hinaus erzielen. Wir haben wichtige Verbesserungen für die Menschen erzielt, die es ohne unsere Regierungsbeteiligung nie gegeben hätte:

Alle Menschen, die sich Marktmieten nicht leisten können, müssen einen Zugang zu öffentlich geförderten Wohnraum mit langfristiger Mietpreisbindung haben. Deshalb haben wir mit der Grundgesetzänderung in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen geschaffen, dass der Bund die Länder und Kommunen ab dem Jahr 2020 weiterhin bei der Schaffung von Sozialwohnungen unterstützen kann. Allein in dieser Legislaturperiode fördert der Bund den sozialen Wohnungsbau mit 5 Mrd. Euro. Es ist ein großer Erfolg der SPD, dass

wir durch die Grundgesetzänderung die Verantwortung des Bundes langfristig sichergestellt haben.

Viele Menschen brauchen darüber hinaus staatliche Unterstützung in Form des Wohngeldes, um sich eine Wohnung leisten zu können. Um Wohngeldempfangende wieder besser zu unterstützen und die Zahl der Geförderten zu erhöhen, hat der Bundestag eine Wohngeldreform beschlossen: Das Wohngeld wird ab 2020 erhöht und automatisch an die Mieten- und Einkommensentwicklung angepasst. Außerdem wird auch eine neue, siebte Mietstufe für besonders teure Gegenden wie München und Umgebung eingeführt. Das ist ein echter sozialpolitischer Fortschritt.



Bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums spielt der Grund und Boden eine tragende Rolle: Auf teurem Grund kann kein bezahlbarer Wohnraum entstehen. Eine von der SPD in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzte Kommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ hat wichtige Handlungsempfehlungen vorgelegt, damit der Staat hier wieder handlungsfähig wird, indem er Boden bevorratet, zurückkauft, nur in Erbpacht zur Verfügung stellt, und Bodenfonds einrichtet. Gleichzeitig soll er auch mehr gestalten können, indem Baugebote erleichtert und Konzeptvergaben gestärkt werden. Für eine aktive und gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik des Bundes haben wir mit dem Haushaltsgesetz 2018 dafür gesorgt, dass über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben bundeseigene Grundstücke vergünstigt an Kommunen vergeben werden können, um zügig bezahlbare Wohnungen bauen zu können.

Das alles sind große sozialdemokratische Erfolge in der Großen Koalition. Doch zur Wahrheit gehört auch, dass all das noch nicht ausreicht, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen und zu sichern. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb einen umfangreichen

Plan für eine grundlegende Trendwende in der Wohnungspolitik erarbeitet. Am 25. September 2019 haben wir unser wohnungspolitisches Positionspapier auf der Konferenz „Vom Wohngipfel zur Wohnwende“ in der Bundestagsfraktion präsentiert und diskutiert. Wir werden uns im Rahmen der Halbzeitbilanz dafür starkmachen, dass wir in den kommenden zwei Jahren weitere sozialdemokratische Forderungen umsetzen können. Ich persönlich werde mich als zuständige Berichterstatterin ganz besonders dafür einsetzen, dass wir im Rahmen der anstehenden Baugesetzbuchnovelle eine sozialere Bodenpolitik gestalten.

Volksbegehren für faire Mieten in Bayern gestartet

Mieterhöhungen auf sechs Jahre stoppen ist das Ziel des Volksbegehrens für faire Mieten. Während die Stadt München unter Oberbürgermeister Dieter Reiter jetzt schon ihren kommunalen Handlungsspielraum für bezahlbares Wohnen bis an die Grenze des rechtlich Zulässigen ausgereizt hat, blockieren die Konservativen in Bund und Freistaat die nötigen Maßnahmen für Mieterinnen und Mieter. Gemeinsam mit dem Mieterverein und anderen Bündnispartner sagte die Münchner SPD: „Uns g’langt’s!“ Das Bündnis sammelt Unterschriften, um nun per Volksbegehren Mieten bezahlbar zu halten.



Der Gesetzentwurf enthält zwei zentrale Regelungen: Erstens dürfen Mieten in laufenden Verträgen grundsätzlich sechs Jahre nicht erhöht werden. Zweitens liegt bei Neuvermietung und nach Modernisierung die Obergrenze bei der ortsüblichen Vergleichsmiete. Wer dagegen verstößt, muss mit einer Geldbuße bis zu 500.000 Euro rechnen und der Mieter kann zu viel gezahlte Miete zurückfordern.

Faire Vermieter, die niedrige Mieten verlangen, sind daher vom Verbot ausgenommen. Sie dürfen auf bis zu 80 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete erhöhen. Damit der Mietenstopp keine Investitionsbremse wird, sind Neubauten nicht betroffen. Das Gesetz soll in allen Städten und Gemeinden Bayerns mit angespanntem Wohnungsmarkt gelten. Das betrifft etwa die Hälfte der Einwohner Bayerns!

Vor einem Jahr erlebten die Münchnerinnen und Münchner die größte Mieterdemo, die diese Stadt je gesehen hat. Zehntausende gingen gemeinsam auf die Straße, um zu zeigen: Es hat sich ausspekuliert. Das Problem der Mietenexplosion ist kein rein münchnerisches. So drastisch wie hier zeigt es sich aber nirgends sonst. Unzählige Statistiken zeigen: Die Mieten steigen hier weit mehr als die Löhne und Gehälter. Wenn einen die Münchner Mieten selbst mit mittlerem Einkommen finanziell überfordern, funktioniert der Markt nicht mehr. Polizistinnen, Krankenpfleger, Handwerkerinnen oder Müllwerker: Die, die Stadt am Laufen halten, müssen sie sich auch leisten können.

Oberbürgermeister Dieter Reiter und der Stadtrat unternehmen bereits alles, was sie selbst beitragen können – vom größten Wohnungsbauprogramm der Republik, einer kommunalen Mietpreisbremse über Erhaltungssatzungen bis zur Ausübung von Vorkaufsrechten.

Nun muss der Freistaat seine Gesetzgebungskompetenz, die er seit der Föderalismusreform 2006 im Bereich Wohnen hat, endlich wahrnehmen.

So läuft das Volksbegehren ab

- Jede und jeder Wahlberechtigte in Bayern kann für das Volksbegehren für faire Mieten unterschreiben.
- Sind 25.000 Unterschriften erreicht, prüft das Innenministerium innerhalb von sechs Wochen die Zulassung.
- Das Innenministerium genehmigt entweder direkt selbst oder legt es dem Verfassungsgerichtshof zur Entscheidung vor.
- Nach der Zulassung startet das eigentliche Volksbegehren: innerhalb von zwei Wochen müssen sich mindestens 10 % der Wahlberechtigten in die Listen eintragen.
- Der Landtag kann das Volksbegehren übernehmen und zum Gesetz machen.
- Tut er dies nicht, kommt es zur Volksentscheid: alle Wahlberechtigten stimmen über den Gesetzentwurf ab.
- Stimmt die Mehrheit mit Ja, tritt das neue Gesetz für faire Mieten in Bayern in Kraft.



Wie kann man das Volksbegehren unterstützen?

Jede Unterschrift zählt. Die Listen gibt es bei den Mietervereinen in Bayern (in München in der Sonnenstraße 10), den SPD-Bürgerbüros oder online unter www.mietenstopp.de.

Warum nicht mit der Liste und dem Informationsmaterial unter Nachbarn und Freunden für das Volksbegehren werben und Unterschriften sammeln! Auch in den Sozialen Netzwerken finden sich jeweils die aktuellsten Informationen zum Stand des Volksbegehrens, die gerne weiterverbreitet werden dürfen:

<https://www.facebook.com/6JMietenstopp/>

<https://twitter.com/6JMietenstopp/>

<https://www.instagram.com/6JMietenstopp/>

Für das persönliche Gespräch, um sich zu informieren und auszutauschen bietet sich auch der Bürgerdialog „Auf 1 Wort“ in allen Münchner Vierteln an.

Wer selbst vom Mietwahnsinn betroffen ist, weiß um den Handlungsdruck und alle anderen haben nun die Gelegenheit sich solidarisch zu zeigen!



Im Ausbildungszentrum der Bauinnung München gaben der Obermeister, der Ausbildungsmeister und der Hauptgeschäftsführer des Landesverbands interessante Einblicke in die Berufsausbildung in der Branche.



Beim Bürgerstammtisch im Schlüsselgarten in Bogenhausen.



Glückwunsch zu 100 Jahre Ortsverein Trudering-Riem!



Beim Deutschen Architektentag 2019 diskutierte Claudia Tausend auf dem Podium über den richtigen Umgang mit Grund und Boden.



50 Besucherinnen und Besucher aus München blickten Claudia Tausend in Berlin über die Schulter und erhielten einen Einblick in die Arbeit des Deutschen Bundestages. Darunter auch die Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung der Landeshauptstadt München.



Zu Besuch in der Seestadt Aspern in Wien, schon 5 Jahre nach dem Erstbezug ein lebendiges Stadtviertel mit 7000 Menschen dank hoher Dichten und belebter Erdgeschosszonen.



Die Freundinnen und Freunde von der Partito Democratico Monaco besuchten gemeinsam mit der italienischen Abgeordnetenkollegin Angela Schirò den Oberbürgermeister Dieter Reiter und Claudia Tausend, um bei der Kommunalwahl 2020 zu unterstützen.

Claudia Tausend MdB

Stv. Sprecherin im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales

Oberanger 38
80331 München
Tel: 089 - 18 93 28 58

claudia.tausend.wk@bundestag.de
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de